

*Philippe Alexandre*

## Liberalismus und liberale Erinnerungskultur in Frankreich – Überlegungen zu einer paradoxen Situation

Die Herausgeber der »Deutschen Erinnerungsorte« (2005) schreiben über das große »Vorbild«: die »Lieux de mémoire«<sup>1</sup> von Pierre Nora: »Nora's Frankreich stellt sich als ein klares, weitgehend geschlossenes, rundum zustimmungsfähiges Bild dar, und tatsächlich leitet ihn eine fast nostalgische Rückschau, namentlich auf das Frankreich der Dritten Republik, in dem die Verheißungen der Großen Revolution wahr wurden.«<sup>2</sup> Alle Einzelstudien des umfangreichen Projektes werden in eine Kontinuität eingeordnet; sie gründen sich auf einen »Kanon« des kollektiven Gedächtnisses, der eine Identifikation für alle französischen Bürger möglich machen, ihr nationales Bewusstsein und ihre nationale Identität prägen soll. 1986 hieß es in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« in einem Vergleich mit Deutschland: »im Falle Frankreichs (sei) ja klar, was französische Geschichte heiße, und wer sich als Franzose fühlen dürfe«<sup>3</sup>.

Dieser »Konsens« ist jedoch trügerisch; er verdeckt große Unterschiede in der Art und Weise, wie die Franzosen ihre Nationalgeschichte oder ihre Nationalsymbole wahrnehmen und deuten. Der »Französischen Revolution«, der »Republik« oder der »Marseillaise« wird nicht von allen der gleiche Sinn gegeben. Dem Politikwissenschaftler Marc Riglet kann man wohl Recht geben, wenn er in einer Rezension der »Deutschen Erinnerungsorte« schreibt: Nachdem man all diese Beiträge gelesen habe, stelle man fest, wie verschieden unsere Nationalgeschichten sein können: »Während die Franzosen auf eine verlorene Geschichte oder wenigstens auf eine Geschichte, die ihre Erinnerung spaltet, zurückblicken, scheinen die Deutschen dagegen die Ufer einer

1 Pierre Nora (Hg.): *Les lieux de mémoire*, 3 Bde. Paris 1997.

2 Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl*. München 2005, S. 10.

3 Gustav Seibt: »Monolog über Räume«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.10.1986; zitiert ebd., S. 9.

wenn auch nicht ruhigeren, so doch einigenden Geschichte erreicht zu haben.«<sup>4</sup>

Diese Situation Frankreichs zwischen Konsens und Gespaltensein erscheint problematisch. Bis wohin reicht denn der Konsens? Ist er nicht ein Mythos? Es gibt in der Nation Gruppen: politische, soziale, regionale usw., die nationalen Erinnerungsorten eine eigene Deutung geben, auf eigene Traditionen zurückblicken, eigene Geschichtsbilder und Erinnerungsorte haben, die für sie identitätsstiftende Momente oder Identitätsmarker sind; bei Pierre Nora heißt dies *contre-mémoire*. Es gibt wiederum gruppeneigene Erinnerungsorte, die als nationale Erinnerungsorte gelten, z.B. eine gewisse Arbeiterliteratur, die die Erinnerung an die Arbeiterwelt von gestern wachhält.

Am Beispiel der französischen Liberalen sollen in der vorliegenden Studie diese Fragen erörtert werden. Ein solches Unterfangen erweist sich aber als eine Herausforderung.

1. Erstens muss klargestellt werden, was man im Falle Frankreichs unter »liberal« oder »Liberalismus« verstehen kann. Der Liberalismus ist ein parteiübergreifendes Gedankengut<sup>5</sup>, ein Komplex von verfassungs-, wirtschafts-, kultur- und kirchenpolitischen Doktrinen, die von Theoretikern ausgearbeitet, von Parteien und Bewegungen getragen und von Regierungen in die politische Praxis umgesetzt wurden. Liberale Ideen, wie die der europäischen Aufklärung, prägten auch das Programm von Parteien und die Politik von Regierungen, die das Etikett »liberal« nie für sich beanspruchten.

2. Lässt sich in Frankreich – die Frage gilt aber auch für andere Länder – eine klar umrissene, gradlinige liberale Tradition von den Anfängen, die zeitlich verortet werden müssten, bis heute zurückverfolgen? Wie wir sehen werden, hat sich die französische Parteiengeschichte mit der Zeit so entwickelt, dass Verbindungslinien zwischen den Liberalen von gestern und denen von heute kaum zu erkennen sind.

3. Die Dritte Republik (1875-1940) hat mit der Form ihrer Verfassung einen Kompromiss gefunden, die unter den Umständen von 1875 von den damaligen Liberalen – als Vertreter eines *juste milieu* – durchgesetzt wurde; aber gerade weil die Republik sich gegenüber den reaktionären Kräften behaupten und ihre Grundlage festigen musste, bauten ihre Regierungen ab den 1880er Jahren ein Modell der kollektiven Erinnerung auf, ein Integrationsmodell, das auf einem weitgehenden Konsens beruhen sollte.

Aus dieser Entwicklung resultierte eine Situation, die wir hier zu charakterisieren versuchen möchten, und bei der sich ja letzten Endes folgende Frage aufdrängt: Gibt es überhaupt »liberale« Erinnerungsorte in Frankreich?

4 Marc Riglet: »Les Allemands regardent derrière eux«, Lire, Mai 2007. In: <http://www.lire.fr/critique.asp?idC=51232/idR=214/idG=6>

5 Philippe Nemo/Jean Petitot (Hg.): Histoire du libéralisme en Europe. Paris 2006, 1428 S.

Als »liberal« werden in Frankreich Vordenker bezeichnet, die im 17. Jahrhundert den Absolutismus Ludwigs XIV. bekämpften, Vertreter der protestantischen Intelligenz, die die Aufhebung des Toleranzediktes von Nantes im Oktober 1685 missbilligten, Befürworter der »liberté du commerce«, der Handelsfreiheit und der Idee des Marktes als soziales Band, die die Wirtschaftspolitik des Ministers Colbert<sup>6</sup> ablehnten. Die Physiokraten und R.J. Turgot (1727-1781), der linke Flügel des Enzyklopädismus im 18. Jahrhundert gelten als »liberal«. Der alte Geist der Provinzparlamente vor der Großen Revolution, die demokratischen und liberalen Ideen gewannen Gestalt u.a. durch die Schriften von E. J. Sièyès (1748-1836), einem der Haupttheoretiker der Französischen Revolution, sie reiften unter dem Einfluss der amerikanischen Revolution und fanden ihren Niederschlag in der »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« im August 1789<sup>7</sup>.

Auch wenn es zwischen dem Jakobinismus und dem Bonapartismus seinen Platz nur schwer finden konnte, lebte das liberale Denken in Frankreich durch das ganze 19. Jahrhundert fort. Diese geistige Strömung behauptete sich bald und übte mit Befürwortern der »Charte«, der konstitutionellen Monarchie unter den Bourbonen der Restaurationszeit, also unter Ludwig XVIII. nach 1814 einen großen Einfluss aus. Benjamin Constant (1767-1830) gilt als der Theoretiker der liberalen Ideen im Frankreich jener Zeit, als der Wortführer des aufsteigenden Bürgertums, das sich auf eine parlamentarische Monarchie und das Zensuswahlrecht zu stützen suchte, um seine Klasseninteressen zu wahren und seinen materiellen Wohlstand zu steigern. Wollte sich dieses Bürgertum behaupten, so musste es einerseits gegen die Klerikalen, andererseits gegen Adlige, die bestrebt waren, ihre früheren Privilegien wiederherzustellen, auftreten<sup>8</sup>.

Liberale waren unter der Julimonarchie (1830-1848) die »Orléanisten«. Der Minister Fr. P. G. Guizot (1787-1874) bemühte sich, durch seine historischen Schriften zu zeigen, das Besitz- und Bildungsbürgertum sei die einzige Klasse mit der Fähigkeit, die öffentlichen Angelegenheiten zu verwalten. Weil sie zu sehr an den politischen Folgen der Revolution orientiert waren, vergaßen die französischen Liberalen, dass aus ihr auch sozialpolitische Lehren gezogen werden und wachsende egalitaristische Tendenzen berücksich-

6 Gilbert Faccarello: »La »liberté du commerce« et la naissance de l'idée de marché comme lien social«. In: ebd., S. 205 ff.

7 Vgl. dazu Philippe Nemo: Histoire des idées politiques aux Temps modernes et contemporains. Paris 2003; hier bes. Kapitel 7: Démocrates et libéraux en France aux XVIIe et XVIIIe siècles, S. 411 ff.

8 Jacques Droz: Histoire des doctrines politiques en France, 7. Aufl. (Que sais-je ?; Nr. 304), Paris 1975; hier bes. Kap. VI: Le triomphe du libéralisme, S. 65-73; Maurice Flamant: Histoire du libéralisme, Paris 1988; hier bes. Kap. IV: Le triomphe, S. 67-89.

tigt werden mussten. Die Krise von 1830 war schon ein Warnsignal. Wie der einsichtige Alexis de Tocqueville in »La démocratie en Amérique« (1835) zeigte, war die Demokratie in einer modernen Gesellschaft als eine Notwendigkeit zu betrachten. Der Garant der demokratischen Gleichheit sei der Staat<sup>9</sup>. Hier tritt der Unterschied zwischen »Liberalen« und »Demokraten« oder »Republikanern« hervor<sup>10</sup>; letztere verlangten mehr vom Staat und forderten das gleiche Wahlrecht für alle Bürger. In Deutschland würden sich »Linksliberale« in dieser demokratischen oder republikanischen Bewegung wieder erkennen.

Die Krise von 1848 unterbrach die Hochzeit der französischen Liberalen nur für einige Zeit. Adolphe Thiers (1797-1877), einer der Vertreter des »juste milieu« und der Befürworter des »Empire libéral« unter Napoleon III., spielte eine entscheidende Rolle in der Übergangszeit der frühen 1870er Jahre, als nach dem Sturz des kaiserlichen Regimes eine Verfassungsform für Frankreich gefunden werden musste. Ein entscheidender Kompromiss wurde im Frühjahr 1875 erzielt; er resultierte aus einer Zusammenarbeit des orléanistischen »centre droit« (der rechten Mitte) mit dem republikanischen »centre gauche« (der linken Mitte), mit den gemäßigten Republikanern, den »Vernunftrepublikanern« wie Thiers und den »Opportunisten«. Dieser Kompromiss (*amendement Wallon*) sprach nicht ausdrücklich von der Staatsform der »Republik«, sondern »schmuggelte diese staatsrechtlich entscheidende Wendung nur scheinbar beiläufig ein«<sup>11</sup>. Statt der monarchischen wurde damals zwar die republikanische Staatsform festgelegt; aber die verabschiedete Verfassung regelte das Verhältnis von Regierung und Parlament mit Hilfe eines Zwei-Kammer-Systems und mit einem republikanischen Präsidenten. Dieser Präsident, der von den beiden Kammern für sieben Jahre gewählt wurde und danach wieder gewählt werden konnte, nahm die Stellung des Königs in einer konstitutionellen Monarchie ein<sup>12</sup>. Ein solches Arrangement entsprach – sagen Politikwissenschaftler – dem Ideal der orléanistischen Liberalen<sup>13</sup>.

Die Ideen der liberalen Demokratie prägten die Verfassung der Dritten Republik (1875-1940). Sie setzten sich erst nach langen Kämpfen gegen die Restaurationstendenzen und -versuche der reaktionären Kräfte durch<sup>14</sup>. 1875

9 Droz (wie Anm. 8), S. 71 ff.

10 Louis Girard: *Les libéraux français, 1814-1875*, Paris 1985; hier bes. Kap. XIII: *La crise de 1830. Libéralisme et démocratie*, S. 115-125.

11 Martin Kirsch: *Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert: der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich*, Göttingen 1999, S. 378 f.

12 Ebd. S. auch Maurice Duverger: *Le système politique français. Droit constitutionnel et systèmes politiques*. Paris 1919/1986, S. 12 f.

13 L. Girard (wie Anm. 10), S. 258 ff.

14 Gudrun Gersmann/Hubertus Kohle/Beatrice Hermanns: *Frankreich, 1871-1914: Die Dritte Republik und die Französische Revolution*. Stuttgart 2002, S. 154 f.

markierte aber noch lange nicht das Ende dieser Kämpfe. Philippe Nemo schreibt: »Jene liberale Republik siegte über die verbündeten Kräfte des Sozialismus und der extremen Rechten, als der Staatsstreichsversuch von Boulanger 1889 scheiterte. Die Ideen, Grundsätze und Werte dieser ideologischen Richtung spielten in der raschen Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs eine zentrale Rolle.«<sup>15</sup>

Die Konturen des Liberalismus in Frankreich verschwammen aber seit den 1880er Jahren zunehmend. Seine Ideen wurden größtenteils von den »Republikanern« übernommen und umgesetzt. Der französische Liberalismus scheint sich in der Ideologie, im Parteiensystem und in der Politik der Dritten Republik weitgehend aufgelöst zu haben. Die Liberalen »orléanistischer Prägung« wurden immer mehr verdrängt. Das republikanische Lager bildete eine bunte Konstellation: Es gab »radikale« und gemäßigte Republikaner, die mit dem pejorativen Prädikat »opportunistisch« charakterisiert werden; diese sollte man aber eher »Regierungsrepublikaner« nennen.

Will man zwischen »Rechts-« und »Linksrepublikanern« unterscheiden, so lassen sich die Trennungslinien anhand folgender Punkte ausmachen:

1. Der »Boulangismus«, d.h. ein gewisser Verfassungsrevisionismus und der »Revanche«-Gedanke mit seiner demagogischen Dimension, machte zeitweise den General Boulanger populär, namentlich im Milieu des Heeres, das sich dadurch einem Teil der entschiedenen Republikaner entfremdete. Weil sie Boulanger unterstützten, diskreditierten sich Elemente der radikalen Partei.
2. Die Dreyfus-Affäre, die Frankreich in zwei Lager spaltete, war entscheidend; sie vertiefte die Kluft zwischen Gemäßigten – wie Jules Méline und die »Fédération républicaine« – und den Radikalen: jene waren für die Revision des Dreyfus-Prozesses, letztere waren dagegen (»Antidreyfusards«/»Dreyfusards«).
3. Der Durchbruch der Arbeiterbewegung und des Sozialismus war eine weitere Ursache der Uneinigkeit im republikanischen Lager: Radikale und Radikal-Sozialisten zeigten sich bereit, mit den Sozialisten zusammenzugehen und mit ihnen Regierungen zu bilden, was Republikaner, die sich fortschrittlich, gemäßigt oder liberal nannten, ablehnten.
4. Das Verhältnis von Staat und Kirche war eine Frage, in der sich die Republikaner nicht einigen konnten. Das zeigte sich zunächst in den Kämpfen um die Schulreformen von Jules Ferry, die zu Beginn der 1880er Jahre die französischen Staatsschulen laizisierten<sup>16</sup>, und später, als die Radikalen

15 Philippe Nemo (wie Anm. 8) Kapitel 10: Démocrates et libéraux en France au XIXe siècle. Constant, Bastiat, Prévost-Paradol, S. 591-697.

16 Diese Reformen wurden von den deutschen Linksliberalen begrüßt. Vgl. dazu Philippe Alexandre: »La loi scolaire française du 28 mars 1882 et la question de l'enseignement lai-

eine antiklerikale Politik betrieben und das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirchen (1905) durchsetzten. Gemäßigte missbilligten die radikale Wendung dieser Politik, die nach dem *ralliement*, d.h. der von Papst Leo XIII. begünstigten Aussöhnung von katholischen Kreisen mit der Republik, eintrat. Im Zusammenhang mit den kirchenpolitischen Fragen vollzog sich z.T. das Schwenken nach rechts dieser gemäßigten oder »liberalen« Republikaner.

5. Protektionistische Tendenzen steigerten sich im wirtschaftspolitischen Bereich schon lange vor dem Ersten Weltkrieg in Frankreich wie im übrigen Europa – Großbritannien ausgenommen; der gemäßigte Republikaner Jules Méline war es, der als Handelsminister 1892 das liberale handelspolitische Gesetz von 1860 aufgehoben und eine schutzzollpolitische Wende herbeigeführt hatte.

Die »Krise« und der »Zusammenbruch« des Liberalismus seit dem 19. Jahrhundert haben – so Maurice Flamant – drei Ursachen: sein Dogmatismus, seine Distanz gegenüber einer sich wandelnden Realität, sein Verhältnis zu Modernisierungsbewegungen. Der Liberalismus schloss sich im Dogmatismus ab, nachdem er lange Zeit eine treibende Kraft, ein Motor des Fortschritts gewesen war. Weil das Festhalten an überholten Vorstellungen, das ihn nun charakterisierte, in eine Orthodoxie ausartete, verurteilte er sich selbst zum Untergang. Indem er die Ideen des Sozialdarwinismus missbrauchte, vergaß er die humanitären Ideale, die er anfangs verwirklichen wollte. Ideen, die früher die Gesellschaft erneuern sollten, erstarrten im Immobilismus, so dass er sich auf Dauer unfähig zeigte, sich den Veränderungen in der Gesellschaft anzupassen. Im Mittelpunkt der liberalen Weltauffassung stand der *homo oeconomicus*, der doch kein universelles Ideal sein kann; über die Produktion vergaß er die Umverteilung, die Gerechtigkeit, die eine der wesentlichen Forderungen des aufsteigenden Vierten Standes war. Gegenüber neuen Bewegungen, dem Nationalismus, dem »romantisme social«, dem sozialen Katholizismus, den verschiedenen Formen des Sozialismus erwies sich der Liberalismus als unfähig, sein Denken zu erneuern<sup>17</sup>.

Und doch konnte der Liberalismus diese Krisen überleben, bis der Erste Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Gleichgewicht unserer europäischen Gesellschaften vernichtete. Der Zweifel an den Werten, die der Liberalismus bis dahin verkörpert und gefördert hatte, wuchs immer mehr. Nach der Zeit des Faschismus, der sich als die Antithese des Liberalismus verstand, nach der ökonomischen Krise, die den wirtschaftlichen Liberalismus

que. Un débat dans la presse allemande«. In: Jean-Paul Cahn/Hartmut Kaelble (Hg.): Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert/Religions et laïcité en France et en Allemagne aux 19<sup>e</sup> et 20<sup>e</sup> siècles. Stuttgart 2008, S. 39-52.

17 M. Flamant (wie Anm. 8), Kap. V: Crise et effondrement, S. 90-124.

diskreditierte, nach dem Zweiten Weltkrieg war auch in Frankreich die staatlich gelenkte Wirtschaft an der Tagesordnung. Danach erlebte der Liberalismus eine Renaissance.

### *Der paradoxe Fall Frankreichs*

Frankreich stellt einen paradoxen Fall dar. Seine politische Ordnung beruhte in der Hauptsache auf einer liberalen Grundlage, der Staat greift aber seit jeher massiv in manche Lebensbereiche ein. In weiten Kreisen der Intelligenz hat der Liberalismus eine schlechte Presse, stellt Maurice Flamant fest: Man greift ihn an oder zeigt sich ihm gegenüber vorsichtig, ja man hält sich auf Distanz. Bekennt man sich zu ihm, so handelt es sich um einen Liberalismus des »Fortschritts« in einer neuen Gesellschaft. Und seit der Parlamentswahl von 1978 und der Präsidentschaftswahl von 1981 bildet er für viele Wähler eine Trennungslinie zwischen »links« und »rechts«<sup>18</sup>.

Dies ist der parteipolitische Aspekt einer Frage, die auch andere Aspekte umfasst, nämlich einen kulturellen und einen soziologischen. Liberale von heute bezeichnen Frankreich als das Land des »Antiliberalismus«<sup>19</sup>. Diese Liberalen setzen einerseits den Akzent auf die Tradition des »Etatismus« in ihrem Land; andererseits vergessen sie, – wobei sie gewissermaßen die von Maurice Flamant hervorgehobenen Mängel bestätigen –, Selbstkritik zu üben, was den Liberalismus wohl zeitgemäßer und in den Augen vieler Mitbürger annehmbarer machen könnte.

1902 sagte der französische liberale Publizist Emile Faguet (1847-1916) humorvoll von sich, er sei der »einzigste Liberale« in seinem Land<sup>20</sup>. Diese »unüberwindliche Tendenz« seiner Landsleute erklärte er wie folgt: Der Franzose, behauptete er, ist ein »überaus leidenschaftlicher Parteimensch«, der nach nichts anderem strebt, als seine eigenen Interessen zu wahren und den politischen Gegner zu vernichten<sup>21</sup>. Als Patriot wünschte er die Größe Frankreichs, die für ihn Synonym mit dem Triumph seiner Partei ist. Die Freiheit beanspruchte er für sich, aber nie für die gehassten Gegner. Dieses Symptom beobachtete er im »Despotismus« der aufeinander folgenden Regimes, im Antiklerikalismus der »halb-absolutistischen und halb-liberalen Regierung

18 Ebd., S. 119.

19 *Psychanalyse de l'antilibéralisme. Les Français ont-ils raison d'avoir peur ?* Sous la direction de Christian Stoffaës. Institut d'Histoire de l'Industrie. Paris 2006, S. 7. Dieser Sammelband enthält die Beiträge der Teilnehmer an einer Tagung vom 18.6.2003 zum Thema: *Parcours du libéralisme, XIX<sup>e</sup>-XXI<sup>e</sup> siècle*, die an der Pariser Sorbonne stattfand.

20 Vgl. dazu Emile Faguet, *de l'Académie française: Le libéralisme*. Paris 1903, bes. das Kapitel XIX: *Pourquoi les Français ne sont pas libéraux*, S. 307-336. E. Faguet war Professor an der Sorbonne und Mitglied der Académie française.

21 Ebenda, S. 307.

der Julimonarchie«, im Antiklerikalismus der radikalen Republikaner, die damals die klerikalen Gegner zu vernichten suchten im Namen der »moralischen Einheit der Nation«<sup>22</sup>. Die gemäßigten, sich auch fortschrittlich nennenden Republikaner, die sich als eine »Mittelpartei« verstanden, beschuldigte er, nur »ergebene Gegner« der regierenden Radikalen zu sein. Aus diesen französischen Zuständen resultierte folgende paradoxe Situation: Die nationalistische Partei, die aus monarchischen, bonapartistischen und klerikalen Elementen bestand, war die einzige Partei, die das Etikett »liberal« für sich beanspruchte, und zwar deshalb, weil sie als Minderheit Freiheiten forderte, die ihr die Möglichkeit geben sollten, dem Übergewicht der Linken im Parlament zu widerstehen.

In seiner Geschichte der französischen Liberalen (1814-1875) betont Louis Girard – an »L'idée républicaine« von Claude Nicolet anknüpfend – folgendes französisches Paradoxon: »Verfassungsformen des repräsentativen Regimes, die in Frankreich bis 1875 von den Republikanern abgelehnt wurden, bilden die am wenigsten schlechten Garantien für die Volkssouveränität. Die französische Demokratie ist undenkbar ohne diese liberale Grundlage, die seit 1814 aufgebaut wurde. Die Demokratie ihrerseits bildet den Abschluss, die Krönung des Liberalismus; die Republikaner haben das allgemeine Wahlrecht mit seinem Entwicklungspotential eingeführt. Die Verbindung beider Faktoren liegt der französischen Republik zugrunde; beide sind untrennbar. Die Liberalen haben zweifelsohne den Akzent auf die Rechte der Minderheit gesetzt, auf die wesentliche Freiheit der Opposition, die durch die Achtung der Gesetze des Rechts garantiert wird.«<sup>23</sup>

Französische Liberale von heute erklären die Krise, aus der der Liberalismus in Frankreich nicht herauskommen zu können scheint, mit dem Antiliberalismus ihrer Mitbürger. Die Ursachen und die Symptome dieses Phänomens analysieren sie in dem schon oben zitierten Tagungsband »Psychanalyse de l'antilibéralisme«. Die Herausgeber schreiben: »Der Liberalismus stellt eines der großen Geheimnisse des politischen und geistigen Lebens in Frankreich. Als Erbe der Aufklärung und der Französischen Revolution steht er im Herzen unserer kollektiven Mentalität und unserer Institutionen und er durchzieht die meisten Strömungen, die unser demokratisches Leben strukturieren.«<sup>24</sup> Und doch war Frankreich eine der treibenden Kräfte im Aufbau Europas und ein Faktor der Globalisierung. Als ein Pardaxon kann also die Tatsache erscheinen, dass der Liberalismus in der öffentlichen Debatte fast einstimmig abgelehnt wird: Er gilt als Ausfluss des Eigennutzes, der Privatinteressen, der

22 Ebenda, S. 310 ff.

23 Girard (wie Anm. 10), Conclusion: Un siècle après, S. 266 ff.

24 »Psychanalyse de l'antilibéralisme...« (wie Anm. 19), S. 7.



Macht des Geldes, der Schwächung des Staates, ja auch – und irrtümlicherweise – als Import aus der angelsächsischen Kultur.

Die Franzosen empfinden sich als »Republikaner«, sie verwerfen das Wort »liberal«. »Republikanisch« und »liberal« seien doch gleichbedeutend, heißt es in »Psychanalyse de l'antilibéralisme«<sup>25</sup>. In der globalisierten Welt scheint also der »Antiliberalismus« die politische Identität der Franzosen auszumachen<sup>26</sup>. Wie lässt sich dieser Befund erklären? Die Liberalen antworten: Durch die »intellektuelle Diktatur der Denkweise der Linken«, des *gauchisme*, von dem der Diskurs vieler Medienleute geprägt ist; durch den Populismus einer Rechten, die Standesinteressen vertritt; durch die Haltung einer politischen Mitte, die weitgehend für demokratisch-christliche Auffassungen eintritt. So dass »der französische Konsens von heute auf der quasi einmütigen Ablehnung des Liberalismus beruht«<sup>27</sup>.

Auch auf Websites französischer liberaler Gruppen begegnet man Äußerungen, die dahin gehen, zu sagen, der Liberalismus bleibe in Frankreich »unbeliebt«<sup>28</sup>, der Antiliberalismus gehöre zur Doktrin der Linken, die seit Jahrzehnten über die Medienlandschaft herrscht.

In diesem französischen Zusammenhang erscheint die Bezeichnung »liberal« als problematisch. Die Linke verwendet sie taktisch, um die »konservative« Rechte zu diskreditieren und eine Trennungslinie zwischen »links« und »rechts« zu ziehen. Frankreich lebt nun einmal in einer Bipolarität, die oft jede Nuance verwischt. Wie Maurice Flamant erinnert, beanspruchten doch frühere französische Sozialisten wie Proud'hon, Jean Jaurès, Léon Blum den »Liberalismus« für sich«<sup>29</sup>. 2008 erklärte der französische Sozialist Bertrand Delanoë, der Pariser Bürgermeister: »Ich bin Liberaler UND Sozialist«<sup>30</sup>. Das Etikett »sozial-liberal« lehnt er entschieden ab; »fortschrittlich« nennt er sich aber gerne. Den Liberalismus definiert er als eine »Doktrin der Befreiung der Menschen«, die sich in der Aufklärungszeit herausgebildet hat und große *politische und soziale*<sup>31</sup> Errungenschaften zu erzielen erlaubte. Im Namen der sozialen Gerechtigkeit verwirft er jede Form der Unterdrückung und der Knechtschaft. Die Idee der Freiheit geht s. E. mit der Idee der Verantwortung einher; frei sein bedeutet nicht, dass man tut, was man will, sondern dass man will, was man tut. Deshalb beruft er sich auf Montesquieu und John Locke. Jeder Mensch hat ein Recht auf das Glück und das Recht, nach Gutdünken das

25 Ebenda, S. 12.

26 Ebenda, S. 13.

27 Ebenda

28 Vgl. z.B. <http://www.dantou.fr/liberalisme.html>

29 Flamant (wie Anm. 8), S. 101 f.

30 Bertrand Delanoë: De l'audace. Entretiens avec Laurent Joffrin. Paris 2008. Vgl. auch [http://www.tempsreel.nouvelobs.com/actualites/politique/20080521.OBS4897/bertrand\\_delanoë\\_oui\\_je\\_suis\\_liberal\\_et\\_socialiste.html](http://www.tempsreel.nouvelobs.com/actualites/politique/20080521.OBS4897/bertrand_delanoë_oui_je_suis_liberal_et_socialiste.html)

31 Hervorhebung von mir, P.A..

Glück zu erstreben, aber in den Grenzen, die im Artikel 4 der »Erklärung der Menschenrechte« von 1789 festgelegt sind. Delanoë zitiert: »Die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat also nur die Grenzen, die den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuss eben dieser Rechte sichern.« Er prangert die »Konservativen« an, die diese Philosophie in den Dienst des wirtschaftlichen »laissez faire« gestellt und also entstellt haben. Er erklärt: »Im Namen des Freiheitsprinzips arbeiten sie [die Konservativen] schließlich auf einen Immobilismus hin, der Privilegien fort dauern lässt und dieselben Ungleichheiten immer wieder erneuert.« Darin bestehe die *supercherie*, der Betrug des Liberalismus<sup>32</sup>; damit dürfe sich deshalb die Linke nicht abfinden.

Mit dieser Äußerung, er sei »Liberaler UND Sozialist«, löste Delanoë in den Reihen der französischen Linken Reaktionen aus, die zeigen, dass in Frankreich »der Trennung ›links(-)rechts‹ noch schöne Tage beschieden sind«<sup>33</sup>. Diese Dichotomie ist auf die parteipolitische Entwicklung im Frankreich der Dritten Republik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. Drei Richtungen gingen aus dem Spaltungsprozess, der sich damals vollzog, hervor: ein Wirtschaftsliberalismus, der mit dem »Manchestertum« gleichgesetzt wird, ein Liberalismus, der sich als treibende Kraft des »Fortschritts« verstand, auf »Vernunft« und »Wissenschaft« setzte, und ein »republikanischer Liberalismus« (Marcel Gauchet). Dieser Liberalismus französischer Prägung, der sich immer misstrauisch gegenüber der Wirtschaftsfreiheit zeigte, bildete – von Gambetta bis Clemenceau – die »Achse der französischen Politik in der Zeit der Dritten Republik«. Seine Vertreter wollten zugleich politische Freiheit, eine repräsentative Regierungsform und Wirtschaftsfreiheit; letztere sollte aber – ihrer Auffassung nach – der politischen Freiheit untergeordnet bleiben. Das sind auch die Vorstellungen französischer Sozialisten von heute, die sich nicht scheuen, sich auf einen so verstandenen »Liberalismus« zu berufen, wobei sie die Marktwirtschaft nicht systematisch verwerfen, sofern diese unter Kontrolle bleibt.

Nicht dieser »Linksliberalismus« à la française – wir wagen diesen Ausdruck zu benutzen – soll in dieser Studie in Frage kommen, sondern der französische »Rechtsliberalismus«. Unser Augenmerk werden wir einerseits auf Persönlichkeiten richten, die in den letzten Jahrzehnten liberale Parteien inspiriert oder ins Leben gerufen haben und die immer noch eine beachtenswerte Rolle im öffentlichen Leben Frankreichs spielen. Als Beispiel nennen wir Valéry Giscard-d'Estaing, der 1962 die Partei der »Républicains indépendants« mit-

32 Ebenda

33 »Les beaux jours de la division droite-gauche. Entretien avec Marcel Gauchet. ›Où va la droite ?‹. In: Revue des deux mondes, April 2008 und <http://www.scribd.com/doc/2563369/Gauchet-Les-beaux-jours-de-la-division-droite-gauche-Revue-des-deux-mondes-avril-2008>

begründete und sich als Präsident der Republik auf die 1978 von ihm gebildete UDF (»Union pour la démocratie française«) stützte. Diese »Union« umfasste die »Parti républicain« (PR) (1977-1997), die »Parti social-démocrate«<sup>34</sup>, die »Parti radical« und das »Centre des démocrates sociaux« (CDS) (dann »Force démocrate«), »Parti Populaire pour la Démocratie Française« (PPDF) (1995-2002). Die UDF spaltete sich 2007 im Zuge der Politik der »Öffnung« von Nicolas Sarkozy, dessen Orientierung eher etatistisch als liberal gilt<sup>35</sup>. »Démocratie libérale«, der Alain Madelin vorstand, war von 1998 bis 2002 die Nachfolgepartei der PR; diese löste sich 2002 in der UMP unter Chirac auf.

Eine solche Zersplitterung und solche programmatischen Unterschiede erschweren noch die Problematik. Welche Parteien oder Gruppen beanspruchen 2009 in Frankreich offen das Etikett »liberal« für sich? Die am 1. März gegründete »Alternative libérale«, diese liberal-demokratische »Parti de la liberté« beruft sich auf die deutsche FDP sowie auf die fortschrittlichen Demokraten Irlands und möchte eine Kraft werden, die ihren Platz zwischen der Sozialistischen Partei und den Konservativen findet. Sie setzt sich aus Elementen verschiedener liberalen Vereine zusammen, und versteht sich als Komponente der Gruppe »Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei« (ELDR) im Europäischen Parlament. Nach einer Sezession bildete sich im April 2008 die »Parti libéral démocrate« – eine Partei der rechten Mitte, die die großen liberalen Reformen in Frankreich fördern will. François Bayrou, – der doch 18 Prozent der Stimmen beim ersten Gang der Präsidentschaftswahl von 2007 erhielt, und sein »Mouvement démocrate« (MoDem) bemühen sich einen dritten Weg zu gehen zwischen links und rechts.

Unsere Aufgabe ist also keine leichte, wie man sieht. Zunächst aus ideengeschichtlichen Gründen. Der Politologe Lucien Jaume vertrat 1997 die These, es gebe mehrere Liberalismen, die von den jeweiligen historischen Umstän-

34 Die »Parti social-démocrate«, die ursprünglich unter dem Namen »Mouvement démocrate socialiste de France« (MDSF), dann »Mouvement démocrate socialiste« (MDS) bekannt war, ging in den 1970er Jahren aus mehreren Sezessionen der »Parti socialiste« hervor, wie die PSD, der »Mouvement socialiste libéral«, der »Socialisme démocratique«, der »Socialisme pour les libertés et la démocratie«, denen sich 1986 der »Mouvement des jeunes sociaux libéraux« anschloss. Die Mitglieder der »Parti social-démocrate« lehnten das Zusammengehen der »Parti socialiste« mit den Kommunisten ab und entschieden sich für eine Allianz in der Mitte mit den »centristes« und den Radikalen im »Mouvement réformateur«. Kurz nach der Gründung der UDF schlossen sie sich der Union an, wo sie einen Pol der linken Mitte bildeten. Die »Jeunesses sociales-libérales« waren eine Komponente der PSD. Im Januar 2007 beschlossen André Santini und mehrere Persönlichkeiten der PSD, die Nicolas Sarkozy nahestehen, die PSD neuzugründen unter dem Namen »Cercle démocrate, républicain et social«, aber offenbar ohne Erfolg.

35 Zaki Laïdi (Sciences-Po): »Le sarkozysme est-il un libéralisme?« In: La Tribune.fr, 07.05.2008, La Chronique de Télôs, <http://www.latribune.fr/impression/Le-sarkozysme-est-il-un-liberalisme?>

den und von den nationalen Zusammenhängen geprägt sind; in Frankreich habe sich ein Liberalismus durchgesetzt, der den Staat und das allgemeine Interesse dem Interesse der Einzelnen überordnet<sup>36</sup>. Allen, die sich in Frankreich zum Liberalismus bekannt haben, sei ein »liberaler Geist« gemein, der dazu neigte, die Komplexität der Gesellschaften als eine Realität zu erkennen und mit Mäßigung für Universalrechte einzutreten; in Zeiten, wo es den Despotismus zu bekämpfen gilt, zeige sich aber dieser Geist besonders lebendig. Diese These eines etatistisch orientierten Liberalismus widerlegte der liberale Philosoph und Publizist Jean-François Revel anhand der Schriften von Alexis de Tocqueville, Frédéric Bastiat, Benjamin Constant u.a.<sup>37</sup>

Nicht nur solche Debatten über den französischen Liberalismus von gestern, sondern auch die parteigeschichtliche Situation der französischen Liberalen von heute bringen uns in Verwirrung. 1. Zersplitterung charakterisiert eine verschwommene Konstellation von »Radikalen«, »Demokraten« und »Liberalen«. Was nicht bedeutet, dass sich diese Splittergruppen nicht auf einflussreiche Intellektuelle, Vereine, Ideenlabore und Arbeitgeberverbände stützen können, von denen eine Anzahl parteiübergreifend funktionieren. 2. Diese Zersplitterung – die nun schließlich in der Natur des Liberalismus liegt – hat aber manche französischen liberalen Politiker und Gruppen zu einer gewissen Machtlosigkeit verurteilt. 3. Der internationale Kontext, die Globalisierung und die jetzige weltweite Finanzierungskrise, neue Probleme, die sich früher nicht oder anders gestellt haben, ja auch die Politik des Präsidenten Nicolas Sarkozy scheinen bei ihnen eine gewisse Verlegenheit zur Folge zu haben.

Angesichts dieser Situation stellt sich auch die Frage der Kontinuität zwischen den französischen Liberalen von gestern und denen von heute. »Nach hundert so ereignisreichen Jahren [d.h. seit den 1880er Jahren] hat sich der Liberalismus geändert«, schrieb Louis Girard 1985<sup>38</sup>. Er zitierte den Historiker und Politologen René Rémond<sup>39</sup>, der von Méline bis Valéry Giscard d'Estaing über Poincaré und Antoine Pinay eine »fortdauernde liberal-konservative Bewegung« sah. Diese Bewegung bezeichnete Rémond als »orléanistisch«, nicht im Sinne der Julimonarchie (1830-1848), sondern um ihren

36 Lucien Jaume: *L'individu effacé ou Le paradoxe du libéralisme français*. Paris 1997, 592 S.

37 Er schrieb damals in einer Rezension: »Die Absicht von Lucien Jaume ist, uns zu überzeugen, dass die französischen Liberalen des 19. Jahrhunderts in Wirklichkeit Etatisten waren und dass die Neoliberalen von heute – durch die österreichisch-angelsächsische Schule pervertiert – Befürworter der Privatisierung und der Dereglementierung sind, dass sie sich also nicht auf jene berufen dürfen. Unsere Liberalen der Aufklärungszeit und des 19. Jahrhunderts hätten nie den Staat abschaffen wollen.« Vgl. J.-F. Revel: »Les libéraux français étaient-ils libéraux ?« In: <http://www.chezrevel.net/les-liberaux-francais-etaient-ils-liberaux>; vgl. auch »Aux origines du libéralisme politique français«. In: *Esprit*, Juni 1998.

38 Girard (wie Anm. 10), *Conclusion: Un siècle après*, S. 266 ff.

39 Vgl. René Rémond: *Les doctes en France*. Paris 1982.

Geist zu charakterisieren. Können aber solche Verbindungslinien gezogen werden?

### *Die Erinnerungsorte der Republik: das französische Modell der kollektiven Erinnerung*

Diese langen Prämissen über den französischen Liberalismus genügen nicht, um auf die Problematik »liberaler Erinnerungsorte in Frankreich« einzugehen; vorerst muss noch geschildert werden, wie die Republik von den 1880er Jahren bis nach 1945 ein *modèle mémoriel français*, ein besonderes erinnerungspolitisches Modell aufgebaut hat, das Charakteristiken aufweist<sup>40</sup>.

Wie hat sich dieses Modell entwickelt? Eine Tendenz der französischen Geschichtsschreibung war, »eine auf Paris zentrierte und von oben durchgesetzte Republik« zu präsentieren. Auch dem 2007 erschienenen »Dictionnaire critique de la République« wurde vorgeworfen, auf traditionelle Muster zurückzugreifen und an einem »gewissen Monismus der republikanischen Idee in Frankreich« festzuhalten<sup>41</sup>. Es galt hier, »in der Geschichte der Republik eine Grundlage herauszuarbeiten, die erlaubt, den Durchbruch vielfältiger politischer Traditionen zu begreifen«, d.h. »zugleich den demokratischen Sozialismus [...] und den politischen Liberalismus, aber auch den politischen Terror, den autoritären Nationalismus, ja auch den Faschismus »à la française««. Die hier unternommene Geschichte der Republik sollte auch »eine Geschichte der Demokratie« sein<sup>42</sup>.

Nun, wie die amerikanische Historikerin Sheryl Kroen zu Recht bemerkt, wurden doch republikanische Symbole und Embleme, Lieder wie die »Marseillaise« auch in nicht-republikanischen Perioden des 19. Jahrhunderts – z.B. in der Restaurationszeit oder unter der Julimonarchie – im Volk als Protestformen benutzt, um demokratische Forderungen zu artikulieren. Das System der Nationalsymbole war nicht allein ein Werk der republikanischen Regierung und einer offiziellen Erinnerungspolitik, sondern es entstand *auch* als Ausfluss von Traditionen im Volk und auf lokaler Ebene, und nicht allein in Paris. Wie aus zahlreichen neuesten Forschungsarbeiten deutlich hervorgeht, bildeten sich diese Traditionen »von unten« heraus, eng verbunden mit der Artiku-

40 François Furet/Mona Ozouf: *Dictionnaire Critique de la Révolution Française*. Paris 1989, erschienen zum 200jährigen Jubiläum der Französischen Revolution; vgl. auch Vincent Duclert/Christophe Prochasson (Hg.): *Dictionnaire critique de la République*. Paris 2007.

41 Sheryl Kroen (Associate professor of history, University of Florida): »La République, oui; mais qu'en est-il de la démocratie?« (ins Französische übersetzt von Céline Grasser). In: *Le Mouvement social*, Editions de l'Atelier/Éditions Ouvrières, Nr. 209, Okt./Dez. 2004, S. 91-103; hier S. 91. Vgl. auch <http://www.cairn.info/revue-le-mouvement-social-4-page-91.html>

42 Duclert/Prochasson (wie Anm. 40), S. 13.

lierung von politischen Idealen<sup>43</sup>. Das gilt auch für das Erbe der Festkultur, mit Ausnahme des »14. Juli«. Der »15. August«, der »Napoleontag« z.B. hatte je nach den Regimes unterschiedliche Bedeutungen; er wurde in der Restaurationszeit in einen monarchischen Gedenktag umgewandelt, aber ohne Erfolg.

Die Geschichtsschreibung hat in Frankreich lange Zeit die »Lokalsphäre« als partikularistisch und weitgehend ohne eigene staatsbürgerliche Traditionen ignoriert und sich auf die »Nationalsphäre« zentriert, die – angeblich – allein universelle politische und kulturelle Werte ausstrahlt<sup>44</sup>. Dies lässt sich wohl dadurch erklären, dass sich in der Zeit der Dritten Republik eine offizielle Erinnerungskultur herausgebildet hat, die Form und Inhalt gemeinsamer Erinnerungen in Frankreich bestimmte und einen nationalen Konsens erzielen sollte<sup>45</sup>. In diesem Sinne war die Erinnerungspolitik der republikanischen Regierung seit 1880 eine Integrationspolitik: Angestrebt war eine *communion républicaine*, die Entstehung einer republikanischen Nationalgemeinschaft, die durch einen Erinnerungskonsens zusammengehalten wurde. Der Beweis einer nationalen Kontinuität, die im Zeichen des Fortschritts Altes und Neues miteinander verbindet, sollte erbracht werden.

Historikern fiel diese Aufgabe zu. Es galt, so der Gründer der »Revue historique« Gabriel Monod (1844-1912), durch die Historie das Selbstbewusstsein der Nation zu fördern, der Geschichte der Nation eine Orientierung zu geben. Jeder Franzose sollte sich als Kind des »alten Frankreichs« fühlen. Der Zweck war dabei auch, jeden Rückfall in den Bürgerkrieg zu verhindern und »ein erinnerungspolitisches Instrument der Befriedung«<sup>46</sup> auszuarbeiten. Der Kanon dieser offiziellen Nationalgeschichte wurde durch die (Grund)schule vermittelt<sup>47</sup> und in Lehrbüchern von Historikern der französischen Universität, von Ernest Lavisse<sup>48</sup> und anderen, festgelegt.

Auch die Erinnerungspolitik der republikanischen Regierung sollte zur Erfüllung dieser Nationalaufgabe beitragen. 1880 wurde der »14 juillet« als Nationalfeiertag eingeführt. Erinnert wurde bei dieser Gelegenheit nicht an die Erstürmung der Bastille, sondern an die »fête de la Fédération«, d.h. an jenes Bundesfest, das am 14. Juli 1790 auf dem mit der dreifarbigem Fahne, der Trikolore, geschmückten Marsfeld stattgefunden hatte und als ein Fest der Ein-

43 Vgl. Maurice Agulhon: *La République au village. Les populations du Var de la Révolution à la III<sup>e</sup> République*. Paris 1979; ders.: *Le Cercle dans la France bourgeoise 1810-1848. Etude d'une mutation de sociabilité*. Paris 1977.

44 Kroen (wie Anm. 41), S. 98.

45 Patrick Garcia (Maître de conférences am IUFM von Versailles): »Politiques de la mémoire«. In: <http://www.eurozine.com/articles/2006-07-03-garcia-fr.html>

46 Zitiert von P. Garcia, ebenda

47 Vgl. auch Suzanne Citron: *Le mythe national: l'histoire de France en question*. Paris 1987; Anne-Marie Thiesse: *La création des identités nationales. Europe, XVIII<sup>e</sup>-XIX<sup>e</sup> siècle*. Paris Seuil 1999.

48 Pierre Nora: »L'« Histoire de France « de Lavisse». In: *Lieux de mémoire*, Bd. 1, S. 851-902.

heit galt<sup>49</sup>. Seit 1885 wurde der Pantheon erneut Ruhmeshalle Frankreichs, in der die »großen Männer« der Nation beigesetzt wurden. Auf dem Fries der Fassade ist die Weiheinschrift: »Den großen Männern der Dank des Vaterlandes« zu lesen<sup>50</sup>. Victor Hugo, der von den französischen Liberalen als einer der ihrigen gefeiert werden könnte, wird hier seit 1885 als Nationaldichter der Republik in dieser Gedenkstätte verehrt. Manche prominenten Persönlichkeiten, die eigentlich zu den Liberalen gezählt werden könnten, gingen wie Hugo den Liberalen verloren; sie gehörten zum geistigen Erbe der Republik von dem Augenblick an, wo sie »pantheonisiert« wurden. Das gilt u.a. für Condorcet, der 1799 – gelegentlich des 200jährigen Jubiläums der Revolution – symbolisch<sup>51</sup> im Pantheon beigesetzt wurde.

Der Höhepunkt dieser Erinnerungskultur war wohl das Jubiläumsjahr 1889. Victor Hugo schrieb einmal: »Jede Geschichtsschreibung ist eine Geschichte der Vergangenheit... Aber die Geschichte der Revolution ist eine Geschichtsschreibung für die Zukunft.«<sup>52</sup> Das bedeutete: Die Geschichte dieses Gründungsereignisses ist zukunftsweisend, sie erschließt neue Wege, die auf weitere Errungenschaften hoffen lassen. Das Programm des Jubiläumsjahres 1889 zeigt, dass damals nur an konsensträchtige Momente der Revolutionszeit erinnert wurde. Die Schreckensherrschaft und der Bürgerkrieg durften nicht erwähnt werden.

Kriege haben dieser französischen Erinnerungskultur eine neue Dimension gebracht, und zwar der deutsch-französische Krieg von 1870/71 und später die beiden Weltkriege. Ihre Bedeutung als solche geht schon aus der Orts- und Straßennamensgebung hervor<sup>53</sup>: In jeder französischen Stadt wurde nach 1871 eine Straße oder ein Platz nach Thiers und Gambetta benannt. Gambetta gehörte zwar der republikanischen Minderheit an, die 1870 Gegner des Deutsch-Französischen Krieges war. Am 7. Okt. 1870 wurde er von der Regierung der Nationalen Verteidigung beauftragt, den Krieg in der Provinz zu leiten. Aber sein Plan, die Hauptstadt zu befreien, scheiterte. Als Paris am 28. Januar 1871 kapitulierte, befürwortete er aber die Fortsetzung des Krieges, musste schließlich den Waffenstillstand akzeptieren und trat dann von seinem Regierungsamt zurück. Nach dem Krieg war er ein entschiedener Vertreter des Revanchismus gegenüber Deutschland und prägte das Wort: »Immer daran denken, nie davon sprechen!« Adolphe Thiers hat viele Beinamen erhalten, die Männer des von ihm niedergeworfenen Kommune-Aufstandes

49 Christian Amalvi: »Le 14 juillet«, ebenda, S. 383-425.

50 Mona Ozouf: »Le Panthéon«, ebenda, S. 155-178.

51 Sein Leichnam ist verschollen.

52 Zitiert von Garcia (wie Anm. 45).

53 Jean-Claude Guillon (Université de Provence – UMR Telemme): »Panthéon fin de siècle«. In: <http://histoire-sociale.univ-paris1.fr/Collo/Guillon.pdf>

bezeichneten ihn als den »Massenmörder«, ihm kam trotzdem der Ehrentitel des »Befreiers des Staatsgebietes« zu.

In allen französischen Städten tragen viele Straßen und Plätze den Namen eines Feldherrn oder einer Schlacht des Ersten Weltkrieges: »Places Foch« oder »Rues du Maréchal Joffre«, sowie »Rues de Verdun« oder »Rues de la Marne« gibt es überall in Frankreich. Dies gilt auch für den Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 wurden in jeder französischen Stadt Hauptstraßen in »Rue Maréchal de Lattre de Tassigny« oder in »Rue Général Leclerc« umbenannt. »Places du 8 Mai«, die an den Sieg von 1945 erinnern, begegnet man auch öfters.

Eines muss noch betont werden: Jeanne d'Arc, die Nationalheldin – die sowohl durch die Republikaner als auch durch die Monarchisten vereinnahmt wurde – gehört zum Kanon der Straßennamensgebung in Frankreich. Die »Befreierin des Vaterlandes« steht nicht nur auf den »Places Jeanne d'Arc«, sondern auch in jeder Kirche an einem Ehrenplatz; die – meistens im Harnisch dargestellte – Kriegerin hält entweder ein Schwert oder eine Fahne als Symbol des »Patriotismus« in der Hand.

Nach 1871 agitierten zum ersten Mal Vereine zugunsten der Errichtung von Denkmälern, die an die Soldaten und Zivilisten, die »fürs Vaterland gefallen« waren, erinnern sollten. Die Veteranenvereine sorgten dafür, dass die Grabmäler gepflegt wurden. Diese Tradition aus der Zeit vor 1914 wurde nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Von nun an wurde alljährlich an den 11. November 1918, den Tag des Waffenstillstands, erinnert; diese Feier war aber vor allem eine Totenfeier, an der das Militär teilnahm und die in jedem Dorf vor bzw. um das *monument aux morts*, das Kriegerdenkmal, abgehalten wurde.

Nach einem ähnlichen Ritual wurde nach dem Zweiten Weltkrieg an den 8. Mai 1945 erinnert. Dass auf diese Weise an die Tradition des 11. Novembers angeknüpft wurde, verlieh der neuen Gedenkfeier eine Legitimität. Wie Patrick Garcia betont, konnte der Sinn dieser Feier nicht derselbe sein<sup>54</sup>. Während des Großen Krieges hatten die Soldaten durchgehalten, viele waren in diesem Kampf für die Verteidigung des angegriffenen Vaterlandes gefallen. Die Situation des Zweiten Weltkrieges war eine andere, eine ambivalente: Auf die Bataille de France folgten die Niederlage und die deutsche Besatzung in Frankreich (1940-1944), das Vichy-Regime und die Kollaboration; demgegenüber wirkten die »Forces Françaises Libres« (die Freien Französischen Streitkräfte), die sich in den Kolonien organisiert hatten und die Widerstandsbewegung des »France libre« (des Freien Frankreichs) unterstützten.

Die Republik als definitive Staatsform seit den 1880er Jahren hat nicht nur diese Erinnerungskultur entwickelt, sie hat auch ihre Symbole, u.a. die »Mar-

54 Garcia (wie Anm. 45).



seillaise« oder die »Tricolore«, die Symbole der ganzen Nation sind, verein-  
nahmt. Die französischen Liberalen haben sich – unseres Wissens – bislang  
nie mit der Frage nach ihrer Stellung zu dieser Erinnerungskultur und diesen  
Symbolen auseinandergesetzt. Unsere Aufmerksamkeit verdient aber in die-  
ser Hinsicht die Polemik, die der liberale Präsident Valéry Giscard d’Estaing  
auslöste, als er während seiner Amtszeit (1974-1981) mit der Tradition offen-  
sichtlich etwas zu revolutionär umging.

1975 strich er den »8. Mai« aus dem Kalender der Nationalfeiertage, zu denen  
er von 1953 bis 1965<sup>55</sup> gezählt hatte, wobei sein Status und seine Bedeutung  
als solcher unklar geblieben waren. Diese Maßnahme traf Giscard d’Estaing  
in einer Zeit, als in Frankreich die Teilnahme an Gedenkfeiern nachgelassen  
hatte. Patrick Garcia spricht von einem *épuisement mémoriel du modèle natio-  
nal-républicain*, einer Ermattung des national-republikanischen Erinnerungs-  
modells. Das Nationale wurde in seinem Stellenwert relativiert, das Empire  
français, das französische Kolonialreich, war zusammengebrochen, der Pro-  
zess der europäischen Integration hatte begonnen. Demgegenüber mochte die  
traditionelle republikanische Erinnerungskultur überholt scheinen. Giscard  
d’Estaing hatte seine Gründe: Er wollte konsequent eine Aussöhnungspolitik  
gegenüber Deutschland betreiben, deshalb sollte der Tag der Erinnerung an  
den Sieg der Westalliierten im Jahre 1945 abgeschafft werden.

Patrick Garcia stellt einen Zusammenhang zwischen der Geschichtsauffas-  
sung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten und dieser Entschei-  
dung her. Aus seinem Buch *Démocratie française* (Paris, 1976) geht hervor,  
dass Giscard d’Estaing das Erbe der Geschichte als eine Last ansah, die sich  
schwer mit der Modernität vereinbaren ließ; deshalb sollte das Verhältnis der  
französischen Gesellschaft zu den Notwendigkeiten der Gegenwart korrigiert  
werden, in der Innen- wie in der Außenpolitik. Er erklärte, Frankreich müsse  
– angesichts seiner neuesten Entwicklung – *au centre*, »in der Mitte«, regiert  
werden, in der Form einer »fortgeschrittenen liberalen Demokratie«. In der  
Geschichte seines Landes erkannte er eine Tradition der Konflikte<sup>56</sup>, ja eine  
*culture de la division, de la guerre civile*, »eine Kultur des Bürgerkrieges«;  
nun gelte es, diese Tradition zu überwinden. Nach außen hin ging es darum,  
ein positives Bild Frankreichs zu vermitteln. Er meinte: »Soll Frankreich eine  
Ausstrahlung haben, dann muss es ein menschliches, liberales, weltoffenes  
und modernes Bild von sich geben.«<sup>57</sup>

55 Der »8. Mai« wurde am 20. März 1953 zu einem Nationalfeiertag und Erinnerungstag  
erklärt, dann durch ein Dekret vom 11. April 1959 von Charles de Gaulle abgeschafft.  
Mitterrand sollte am 1. Juni 1981 diesen Feiertag in seiner doppelten Dimension wieder ein-  
führen.

56 Neujahrsansprache von Giscard d’Estaing. In: *Le Monde*, 2.1.1976. Zitiert von Patrick Garcia,  
in: »Du passé faisons table rase?« Valéry Giscard d’Estaing, la modernité et l’histoire«. In:  
<http://histoire-sociale.univ-paris1.fr/Collo/Garcia.pdf>

57 Zitiert ebd.

Gegenüber der Polemik, die er auslöste, ließ der französische Staatspräsident zur Rechtfertigung seiner Entscheidung folgende Argumente gelten. 1. Er stellte fest, dass dieser Feier des »8. Mai« nur noch geringes Interesse entgegengebracht wurde. »Ich [...] habe die offizielle Erinnerung an einen Tag abgeschafft, für die es keine öffentliche Feier mehr gab«<sup>58</sup>, erklärte er. 2. In einem Brief an die europäischen Regierungen<sup>59</sup> hieß es, er wolle verdeutlichen, dass mit dem Aufbau Europas die Zeit der »Brüderkriege« zu Ende gegangen sei. »Jeder von uns wird seine eigenen Erinnerungen bewahren und diejenigen ehren, denen Ehre gebührt«, fügte er hinzu. »Aber es ist Zeit, den Weg in die Zukunft zu öffnen und uns zusammen auf das zu besinnen, was uns einander näherbringt und verbinden kann.«<sup>60</sup>

Will man die Ursachen der damals von Giscard d'Estaing ausgelösten Polemik begreifen, so sollte man auch noch andere Umstände berücksichtigen, mit denen seine Entscheidung zusammenfiel. Es war zu einem Zeitpunkt, als die Jahre der deutschen Besetzung in Frankreich (1940-1944) neu betrachtet und anders gedeutet wurden. Die Abschaffung des »8. Mai« als Nationalfeiertag konnte als der Wille interpretiert werden, dieses dunkle Kapitel in der jüngeren Nationalgeschichte auszuradieren. Politische Gegner von links und rechts wollten solch eine Logik in dieser Maßnahme sehen. Es ging ihres Erachtens darum, das Nationalgedächtnis auszuschalten, »um die Integration in ein föderalistisches, liberales und atlantistisches Europa zu erleichtern«<sup>61</sup>. Michel Debré, ein Gaullist der ersten Stunde und treuer *compagnon* von de Gaulle, ging so weit, die Bestrebungen der Unabhängigkeitsbewegung auf Korsika und die der »liberalen europäistisch orientierten Anhänger von Giscard« gleichzustellen; es gehe für sie darum, so Debré, Frankreich zu »integrieren« und zu »desintegrieren«<sup>62</sup>.

Patrick Garcia sieht in diesen Reaktionen den Ausdruck eines Festhaltens politischer Kreise an der traditionellen Auffassung der französischen Geschichte und ihrer Funktion als integrierender Faktor sowie einer Ablehnung eines Europas, das diese Auffassung in Frage stellen würde<sup>63</sup>. Dazu bemerkt er zutreffend: Der Nationalmythos, der so manches vergessen und sich so nachsichtig zeigen kann, wurde nach Mai 1968 immer mehr in Frage gestellt. Was aber nicht bedeutet, dass man mit der Vergangenheit *tabula rasa* machen wollte, im Gegenteil. In den 1970er Jahren sollte die kollektive Erinnerungsarbeit an Bedeutung gewinnen.

58 Garcia: »Politiques de la mémoire...« (wie Anm. 45).

59 Wiedergegeben in: Le Monde, 10.5.1975.

60 Zitiert von Garcia »Politiques de la mémoire...« (wie Anm. 45).

61 So Ebenda

62 Michel Debré: »Vivante est la nation«. In: Le Monde, 6./7.11.1977, tribune libre.

63 Garcia will in dieser Strömung die ersten Reaktionen der späteren »Souveränisten« erkennen.

Giscard d'Estaing traf in Sachen Nationalsymbole Entscheidungen, mit denen er auf heftige Kritik stieß. Er wünschte, dass man die Ausführung der »Marseillaise« wieder verstärkt der ursprünglichen Fassung anpasste und schon 1974 ließ er den Rhythmus der Nationalhymne verlangsamen, – eine Änderung, die 1981 von seinem Nachfolger Mitterrand rückgängig gemacht wurde. Auch die »Tricolore« erfuhr eine Änderung; der Präsident legte die Farbe des dunkelblauen Streifens neu fest, die er zu martialisch und aggressiv fand; dieses Blau sollte etwas heller werden bei der Fahne, die z.B. bei Fernsehansprachen hinter dem Staatsoberhaupt zu sehen war. Von der neueren Tradition wich Giscard d'Estaing auch ab: Am 14. Juli ließ er – anknüpfend an die alte Tradition des revolutionären Paris – die Truppen zwischen dem Platz der Bastille und dem Platz der Republik defilieren, andere Male auch an anderen Orten; die Truppenparade fand seit 1919 traditionell auf den Champs-Élysées statt.<sup>64</sup> Aus diesen Gründen zog sich der liberale Staatspräsident den Ruf zu, sich an den Nationalsymbolen vergriffen zu haben<sup>65</sup>.

Angesichts dieser Entwicklung des Liberalismus in Frankreich und dieser französischen Erinnerungskultur, die sich auf republikanische Erinnerungsorte und einen quasi unantastbaren Kanon von Traditionen konzentriert hat, drängt sich die Frage auf: Können die französischen Liberalen von heute eigene Erinnerungsorte für sich beanspruchen?<sup>66</sup>

### *Liberale Erinnerungsorte in Frankreich*

Die Antwort fällt ambivalent aus. Die Erinnerungsorte der französischen Republik: ihre Symbole – wie die Devise »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, die »Tricolore«, die »Marseillaise«, der Panthéon und die Kriegerdenkmale oder der 14. Juli, alle *institutions de mémoire*, d.h. Einrichtungen, die – wie das Collège de France, das Museum, die École des Chartes, das Institut, die Bibliotheken und namentlich die Nationalbibliothek – das kollektive Gedächtnis und das immaterielle Kulturerbe pflegen, sind gemeinsame Erinnerungsorte, also auch die der Liberalen.

64 Vgl. z.B. <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article157>

65 Vgl. z.B. <http://www.societe.fluctuat.net/valery-giscard-d-estaing.html>

66 Wir haben eine Enquete bei einer Anzahl von liberalen Politikern und Meinungsführern durchgeführt und die Frage gestellt: Haben die französischen Liberalen eigene Erinnerungsorte? Nur einer hat geantwortet: François Léotard, der ehemalige Vorsitzende der »Parti républicain« und der bürgerlich-liberalen UDF (1996-1998) als Nachfolger von Giscard d'Estaing und zweimal Minister unter der Präsidentschaft des letzteren. »Ich bin nicht in der Lage, Elemente für eine Diskussion über dieses Thema zu bringen«, entschuldigte er sich, »und zwar aus Mangel an Distanz gegenüber einer solchen Frage.«

Eine liberale Identität definiert sich teilweise durch die Deutung der Französischen Revolution, deren geistige Verarbeitung seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer wieder, und nicht zuletzt gelegentlich des 200jährigen Jubiläums von 1989, vielfältige Diskussionen und Interpretationen genährt hat. In wirtschaftspolitischen Fragen – mehr als in nationalgeschichtlichen – können sich die Liberalen auf ein eigenes Gedankengut und geistige Väter, Vordenker und Stichwortgeber berufen. Vielleicht dürfen auch die Symbole der Europäischen Union im französischen Kontext als liberale Erinnerungsorte betrachtet werden?

Die Große Revolution war für die französische Nation ein grundlegendes Ereignis, auch ein identitätsstiftendes; aber die Interpretation dieses Ereignisses stand im Mittelpunkt einer Nationaldebatte. Für Liberale wie François Guizot oder Casimir-Périer bedeutete der Dynastiewechsel von 1830 die Vollendung der Julirevolution, die selber die Revolution 1789 krönte<sup>67</sup>. Für die liberalen Nationalökonomien blieb die Revolution von 1789 ein Bezugspunkt. Deren Abdriften in die Diktatur wurde von ihnen verworfen; dieser Frage schenkten sie aber nur wenig Interesse: Was für sie zählte, war, dass die Revolution – ihrer Auffassung nach – den Anfang und die Entwicklung einer Marktwirtschaft möglich gemacht hatte, die auf der individuellen Initiative beruhte und dem Projekt der Revolution eine Orientierung gab. Mit anderen Worten: Der französische Wirtschaftsliberalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand in der Revolution von 1789 »die Quelle einer Legitimität«<sup>68</sup>.

Der liberale Historiker François Furet bezeichnete die Revolution 1989 als einen quasi hundertjährigen Prozess, der 1774 begann, als Ludwig XVI. den Thron bestieg, und mit der definitiven Errichtung der Republik um 1880 seinen Abschluss fand<sup>69</sup>. Alle Erfahrungen, die Frankreich während dieser Periode machte, erscheinen als ein »langes Vorwärtstasten« der Nation auf der Suche nach einem politischen System, in dem sich alle – in mancher Hinsicht etwas widerspruchsvollen – Erwartungen von '89 verwirklichen würden<sup>70</sup>. Die Debatte kreiste nicht darum, zu wissen, ob die Dritte Republik – also »die Republik der Republikaner« – »die Tochter der [Großen] Revolution« sei, – alle waren sich darin einig –, sondern darum, ob man sich auf 1789 oder 1793

67 Jean Garrigues: »Les images de la Révolution de 1830 à 1848: enjeux politiques d'une mémoire«. In: Maurice Agulhon (Hg.): *Le XIX<sup>e</sup> siècle et la Révolution française*, Société d'histoire de la Révolution de 1848 et des révolutions du XIX<sup>e</sup> siècle (France), Université de Paris X-Nanterre. Paris 1992; hier S. 94.

68 François Démier: »Une source de légitimité pour le libéralisme économique de la monarchie constitutionnelle: la Révolution française«, ebenda, S. 369-388; hier S. 384.

69 Vgl. François Furet/Mona Ozouf: *Le siècle de l'avènement républicain*. Paris 1993, 475 S.

70 Maurice Agulhon, Préface zu: *Le XIX<sup>e</sup> siècle et la Révolution française* (wie Anm. 67), S. 5.

berufen sollte<sup>71</sup>. Darin gingen die Meinungen auseinander. Der Rechten waren die Revolution wie die Dritte Republik verhasst; beide wurden von der Linken verherrlicht. Was die Liberalen betrifft, so war ihre Haltung etwas ambivalent. Es gab ja unter ihnen Republikaner der ersten Stunde, Vernunftrepublikaner – wie Thiers – und solche, die sich nachträglich und aus verschiedenen – oft taktischen – Gründen mit der Republik aussöhnten.

Im 20. Jahrhundert änderte sich die Problematik. Die Schreckensherrschaft, also die diktatorische Phase der Großen Revolution, die im vorigen Jahrhundert als ein Produkt der Umstände und als Nebenerscheinung betrachtet worden war, rückte nun in den Mittelpunkt der Debatte, und zwar deshalb, weil sie inzwischen, namentlich von den Marxisten, »gelobt, theoretisiert und von späteren Revolutionen wiederholt«<sup>72</sup> worden war. Darüber wurde die teleologische Dimension des Ereignisses, seine Bedeutung für den Gang des Fortschritts vergessen. Nun verschärften sich die Gegensätze: Der Revolution wurde die Konterrevolution, der Revolution der roten Zipfelmütze die der Trikolore, dem Umsturz die Reform entgegengestellt.

Die Wendung, die diese Debatte zwischen der »Linken« und der »Rechten« über die Revolution genommen hat, scheint sich nicht ändern zu wollen<sup>73</sup>. Französische Liberale von heute behaupten: Unsere Revolution von 1789 hatte einen liberalen Charakter<sup>74</sup>. Sie hat uns die Erklärung der Menschenrechte gebracht, das Prinzip der Gedankenfreiheit und der Laizität eingeführt, die feudalen Privilegien, die Sklaverei und die Zünfte abgeschafft, die Nationalgüter privatisiert. Der erste Koalitionskrieg hatte zwar die Schreckensherrschaft zur Folge. Die Große Revolution war aber durchaus liberal und hat die liberale Tradition geprägt<sup>75</sup>. Sie war immer ein Bezugsereignis für alle fortschrittlich Denkenden in der Welt, die den Kampf gegen Monarchien, Feudalsysteme und den religiösen Obskurantismus führten. Im 19. Jahrhundert waren lange Zeit Liberalismus und Linke Synonyme. Liberale bekannten sich zur Devise der heutigen französischen Republik: »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Heute sind die drei Wörter ein Teil des nationalen Erbes Frankreichs und an vielen Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden zu lesen.

Französische Liberale werfen der marxistischen Geschichtsschreibung vor, die Französische Revolution vereinnahmt und völlig pervertiert zu haben. Die

71 Ebenda, S. 6.

72 Ebenda, S. 7.

73 François Jarrige, Geschichtspräsident an der Universität Angers, schreibt, dass dieses Ereignis von Anfang an der Gegenstand einer Konfrontation unter den Historikern war. François Jarrige: »La Révolution française dans l'histoire: le regard engagé d'Eric Hobsbawm«. In: *Mouvements des idées et des luttes*, <http://www.mouvements.info/spip.php?article250>

74 Pierre Manent/Jean-Miguel Pire/Jacques Rigaud/Christian Stoffaës: *Avant propos zu: Psychanalyse de l'antilibéralisme* (wie Anm. 19), S. 8-9, 12.

75 Ebenda, S. 13.

»Linke« beschuldigt ihrerseits die »Liberalen«, dieses Gründungsereignis in einem »revisionistischen« Sinne darzustellen<sup>76</sup>. Das Erscheinen eines Buches von Eric Hobsbawm nährte 2007 die Polemik<sup>77</sup>. Der englische Historiker hatte 1989 die jakobinische und republikanische Deutung der Französischen Revolution verteidigt gegen die der liberalen bzw. konterrevolutionären »Revisionisten«, die suggerierten, die Revolution hätte keinen so großen Wandel mit sich gebracht<sup>78</sup>, ja sie sei der Ursprung aller Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, wo sie doch die ganze Welt in Bewegung gebracht hat. Die Liberalen der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert haben – laut Hobsbawm<sup>79</sup> – die Erinnerung an die Revolution instrumentalisiert, um ihr politisches Programm durchzusetzen. Die jungen Liberalen von damals haben sie als das Ergebnis des jahrhundertelangen Aufstiegs des Bürgertums dargestellt. In Anlehnung an diese Darstellungsweise hat Marx die Revolution als einen Sieg des Bürgertums im Klassenkampf interpretiert. Hobsbawm hat Recht, wenn er schreibt, seit der Errichtung des republikanischen Regimes in Frankreich seien die Erinnerungsfeiern immer politische Ereignisse gewesen<sup>80</sup>. Trotz der auseinandergelassenen Deutungen der Revolution herrschte 1989 weitgehend Übereinstimmung darüber: Sie stellte für die französische Nation ein Gründungsereignis dar, das einen radikalen Wandel zur Folge hatte. Eine neue Generation von Historikern wollte sich aber von einer vorherrschenden Deutung abgrenzen, in einem neuen Kontext, dem der Fünften Republik, der so genannten »Trente glorieuses«, der Zeit des wirtschaftlichen Booms von 1945 bis 1975, dann des Weltkapitalismus und des triumphierenden liberalen Antikommunismus.

Ein Buch von François Peillon<sup>81</sup> war 2008 der Anlass zu einer erneuten Polemik zwischen »Linken« und »Liberalen«<sup>82</sup>. Der Sozialist setzte sich für die Idee ein, dass jede Generation den *roman national*, die Nationalgeschichte, neu zu schreiben hat. Er ist der Meinung, dass die neue Generation in Frankreich gegenüber der Krise, die Frankreich zurzeit durchmacht, ratlos dastehe. Diese Krise sei vor allem »eine Krise des [kollektiven] Gedächtnisses«, es gelte die vorherrschende Interpretation der Geschichte in Frage zu stellen. Peillons Diskurs verdient deshalb unsere Aufmerksamkeit, weil er in der

76 Jarrige (wie Anm. 73)..

77 Eric Hobsbawm: *Aux Armes Historiens*. Paris 2007. Dieses Buch ist eine Überarbeitung von Vorträgen, die der englische Historiker 1989 in den Vereinigten Staaten gehalten hatte. Der französische Titel: *Zu den Waffen, Historiker!* ist eine Variation des ersten Verses des Kehrreims der »Marseillaise«: »Zu den Waffen, Bürger!«

78 Ebenda, S. 10.

79 1. Kapitel: Die bürgerliche Revolution.

80 3. Kapitel: Von einem Jahrhundertjubiläum zum anderen.

81 Seit 2004 europäischer Abgeordneter, Philosoph und Leiter der Stiftung Edgar Quinet.

82 »Faut-il brûler François Furet ?«, »Nouvel Observateur«, Nr. 2286, 28.8.2008, *Les débats de l'Obs*; vgl. auch <http://hebdo.nouvelobs.com/hebdo/parution/p2286/articles/a381786.html> und <http://www.liberaux.org/lofiversion/index.php?t39323.html>

Debatte über die Französische Revolution und in der Widerlegung der – von ihm entstellten – Thesen des Liberalen François Furet eine *matrice de sens*, eine sinnergebende Vorlage sieht. In der »ideologischen Schlacht«, die es der »vorherrschenden konter-revolutionären Ideologie« (der Liberalen!) zu liefern gilt, gehe es darum, dem »Wunsch nach Gleichheit« Geltung zu verschaffen, einem Wunsch, der von den Liberalen als eine Gefahr für die individuelle Emanzipation verworfen wird. Die Orientierung, die aus Peillons Dialektik hervorgeht, ist die »Überwindung des Gegensatzes zwischen Freiheit und Gleichheit«, d.h. »der republikanische Sozialismus«. War dies bis jetzt unmöglich, so ist dies seines Erachtens darauf zurückzuführen, dass die *amnésie nationale* institutionalisiert worden ist. Es gelte aus dem Schema Tocqueville/Marx herauszukommen. Mit diesem Schema könne über das Spezifische am politischen und sozialen Modell Frankreichs nicht nachgedacht werden. Aus der Französischen Revolution leitet der Sozialist den *pacte républicain*, einen »reformistischen Sozialismus« ab. Dieser allein soll einen Fortschritt garantieren können; deshalb gelte es ihn gegen die Liberalen durchzusetzen.

Wie wir sehen, erkennen sich die französischen Liberalen in den Gründungsereignissen der Nationalgeschichte und in den Symbolen der Nation wieder, wobei sie ihnen einen besonderen Sinn geben. Mit einer liberalen Literatur haben sie überdies einen eigenen Erinnerungsort geschaffen.

Liberalen haben z.B. 1990 in Bayonne, der Heimat des Nationalökonomens Frédéric Bastiat (1801-1850), den gleichnamigen »Cercle Frédéric Bastiat« ins Leben gerufen<sup>83</sup>. Eine Gedenktafel am Geburtshaus erinnert – so die Website des Cercles – an den »Riesen der Wirtschaftswissenschaft«, dessen Lehren, die überall in der Welt (mit Ausnahme Frankreichs) vermittelt werden, einen Ronald Reagan beeinflusst haben. Als 2001 gelegentlich des 200jährigen Geburtstages von Bastiat der »Cercle« die Gedenktafel anbringen ließ, protestierten Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC. Der »Cercle« veranstaltet regelmäßig Tagungen. Sein doppelter Zweck ist das Leben und das Werk von Bastiat bekannt zu machen und für eine »Moral der individuellen Freiheit und der Verantwortung« einzutreten, und zwar nicht in polemischer, sondern pädagogischer Absicht. Er gehört zu einem Netzwerk von liberalen Organisationen<sup>84</sup>. In Paris existiert auch seit 1993 ein »Club Frédéric Bastiat« (Bastiatstraße 5 – im 8. Bezirk), der auch regelmäßig Gesprächsabende organisiert<sup>85</sup>.

Angesichts ihrer Namen und der von ihnen verfolgten Zwecke fungieren solche Organisationsformen in einer gewissen Hinsicht als Erinnerungsorte. Gilt

83 »Sur les pas de Frédéric Bastiat«. In: <http://www.objectifliberte.fr/2009/02/frederic-bastiat.html>

84 Vgl. <http://www.bastiat.net>

85 Vgl. <http://www.groupe-auffray.com>

aber diese Bemerkung z.B. auch für das »Centre Raymond Aron«? Es handelt sich hier um ein Forschungszentrum, das 1992 im Rahmen der »Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales« (EHESS) gegründet wurde und aus einem Zusammenschluss des »Institut Raymond Aron« und des CETSAP (»Centre d'Etudes Transdisciplinaires – Sociologie, Anthropologie, Politique«) hervorging<sup>86</sup>. Stichwortgeber und einflussreiche Persönlichkeiten im CETSAP waren Claude Lefort, der vom Marxismus kam und einen organisatorischen Demokratiebegriff entwickelt hat, und Edgar Morin. Auch wenn Raymond Aron von französischen Liberalen als einer ihrer Lehrmeister angesehen wird, kann dieses nach ihm benannte Zentrum angesichts seines Standorts, seines Personals und seiner Bestimmung als Erinnerungsort gelten? Das wollen wir dahingestellt lassen.

Dieselbe Bemerkung machen wir im Fall der »Fondation Saint-Simon«, die von 1982 bis 1999 existierte, eine Allianz, in der sich seit Ende der 1970er Jahre liberal und sozialdemokratisch gesinnte Intellektuelle versammelten, um das *programme commun*, das Bündnis des Kandidaten Mitterrand mit den Kommunisten zu bekämpfen. Gegründet wurde diese Stiftung von François Furet; sie funktionierte wie ein Ideenlabor und eine einflussreiche Gruppe.

Etlche Websites dokumentieren die Tatsache, dass dieses Netzwerk seit einigen Jahren auch von französischen liberalen Kreisen dazu genutzt wird, Aufklärungsarbeit zu leisten über den unbekanntenen Liberalismus und über liberale Vordenker in Frankreich. Wir nennen hier nur den »Cercle Benjamin Constant«, der als Element eines weiten Netzwerkes u.a. Links zum »Institut Molinari« oder zur »Mont Pelerin Society« anbietet. Jacques de Guenin schrieb im Februar in einem Artikel mit der Überschrift: »Wissen Sie wirklich, was Liberalismus bedeutet?«: »In unserem Land kann der Liberalismus auf eine alte und reiche Tradition zurückblicken. In dieser Tradition stehen eine große Zahl von berühmten Schriftstellern, u. a. folgende: La Boétie, Montaigne, Montesquieu, Voltaire, Diderot, Turgot, Condorcet, Benjamin Constant, Jean-Baptiste Say, Frédéric Bastiat, Victor Hugo, Alexis de Tocqueville, Gustave de Molinari, Jacques Rueff, Bertrand de Jouvenel, Raymond Aron, Jean-François Revel.«<sup>87</sup> Dazu zwei Bemerkungen. 1. Unter diesen Namen finden wir Vertreter des politischen und des wirtschaftspolitischen Liberalismus, und solche – wie Condorcet oder Hugo, die im 19. Jahrhundert von Radikalen und Republikanern für sich beansprucht worden sind. 2. In der parteipolitischen Landschaft Frankreichs, wo der Liberalismus

86 Vgl. <http://crpra.ehess.fr>

87 Jacques de Guenin: »Savez-vous ce qu'est vraiment le libéralisme ?« (Aus: tribunes politiques). In: <http://cerclebenjaminconstant.over-blog.com>



wenig sichtbar ist, bringt das Internet eine gewisse Hilfe; es erlaubt Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit und bietet gewissermaßen Ersatz für fehlende Erinnerungsorte.

Wenn sich Gelegenheiten dazu bieten, berufen sich französische Liberale nachdrücklich auf Vordenker wie Alexis de Tocqueville, François Guizot, Frédéric Bastiat, die »die Konturen einer französischen Tradition« umrissen haben<sup>88</sup>. Der Liberalismus ist in Frankreich »kein Importprodukt«, betont Alain Madelin. »Der Liberalismus ist eine französische Idee, der im Ausland ein wunderbarer Erfolg beschieden war. Getragen wurde diese Idee im 18. und 19. Jahrhundert von Liberalen, die weder rechts noch links standen. Adam Smith hatte an Turgot einen Vorgänger, Destut de Tracy kam vor Jefferson und viele unter den glänzendsten Analysten des wirtschaftlichen Denkens in den Vereinigten Staaten sind Nachfolger der französischen Nationalökonomien des 19. Jahrhunderts, von Dunoyer bis Bastiat, ohne vom politischen Liberalismus von Tocqueville, Royer-Collard, Laboulaye und vielen anderen zu sprechen oder noch von Lehrmeistern der neuesten Zeit wie Raymond Aron, Bertrand de Jouvenel und Jacques Rueff.«<sup>89</sup>

Eine letzte Frage könnte man hier aufwerfen: Sind europäische Feiertage und Symbole in diesem französischen Zusammenhang als »liberale« Erinnerungsorte anzusehen? Sicherlich nicht. Aber in Frankreich wird den Liberalen oft vorgeworfen, sich zu Europa, wie es bis jetzt funktioniert, d.h. auf einer liberalen Grundlage, zu bekennen. Kurz vor dem Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft war Giscard d'Estaing 2008 Gast einer Sendung bei »Canal plus«. In einem Blog hieß es kurz darauf, »der große Liberale [...], unser europäischer Großwesir richtete an den Präsidenten [Sarkozy] die Bitte, bald die europäische Fahne und die europäische Hymne zu übernehmen und die Symbole des »14. Juli«, der – sagt er – weiterhin gefeiert werden soll, in den Hintergrund zu rücken. Und er schlägt uns vor, den »9. Mai« als europäische Feier einzuführen und mit dem »8. Mai« als französischer Nationalfeiertag Schluss zu machen.«<sup>90</sup> In demselben Blog wird Giscard, »dem bürgerlichen Internationalisten«, unterstellt, er habe sich immer bereit gezeigt, »das Nationale zu liquidieren«, wie er in der Zeit seines Amtes als Präsident die nationale Industrie liquidiert habe. Die Widerstandskämpfer, heißt es hier weiter, werden ihre Verachtung gegenüber einer solchen Bitte klar ausdrücken: »Man rühre den 8. Mai nicht an!«

88 Psychanalyse de l'antilibéralisme (wie Anm. 19), S. 8.

89 Alain Madelin: »La démocratie redevient libérale« (Conclusion), ebenda, S. 249-254; hier bes. S. 249 f.

90 »Férialé. Giscard a choisi le 9 mai plutôt que le 8«, 1.6.2008. In: <http://ber60.over-blog.com/article-20085191.html>

Als es sich 2007 herausstellte, dass die Symbole Europas<sup>91</sup> nicht wieder in den Europäischen Verfassungsvertrag aufgenommen werden würden, bezeichnete Giscard d'Estaing diese Entscheidung als »jämmerlich« und fügte hinzu, »sie wäre lächerlich, wenn sie unseren noch nicht festen Stolz, uns als Europäer zu fühlen, nicht verletzte.«<sup>92</sup>

Abschließend können wir folgende Feststellungen machen. In Frankreich bleibt der Begriff »Liberalismus« unklar, und er gilt in vielen Kreisen als Synonym für einen Neoliberalismus, der von der Linken entschieden abgelehnt und bekämpft wird. Von dieser wird das große Missverständnis in der öffentlichen Debatte weidlich ausgenutzt. Der Liberalismus hat sich nach 1880 in der Republik sozusagen aufgelöst, so dass »liberale« Erinnerungsorte in Frankreich schwer zu verorten sind. In Deutschland sind liberale Erinnerungsorte wie Hambach, die 1848er Revolution, die Paulskirche oder das Frankfurter Verfassungswerk von 1849 zum geistigen Gemeingut der Nation geworden; in Frankreich sind die Erinnerungsorte der Republik auch die der Liberalen. Die französische Erinnerungskultur, wie sie sich während der Dritten Republik entwickelt hat, lässt wenig Platz übrig für gruppenspezifische Erinnerungsorte. Sie sollte ein Instrument der nationalen Integration sein, bildete aber oft den Nährboden für Polemiken. Die wirtschaftstheoretische Literatur, mit der die französischen Liberalen einen eigenen Erinnerungsort haben könnten, bleibt der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Alain Madelin bemängelt die *amnésie culturelle*, unter der der französische Liberalismus zu leiden hat, und fordert seine Gesinnungsgenossen auf, gegenüber dieser Situation entschieden zu reagieren<sup>93</sup>.

91 Die europäische Flagge, die Hymne, die der »Ode an die Freude« aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven entstammt, der Leitspruch der Union: »In Vielfalt geeint« und der Europatag, der in der gesamten Union am 9. Mai gefeiert wird.

92 Vgl. Le Monde, 15.6.2007. Zitiert von Bernard Poignant (Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament), in: Expedia.fr, Dienstag, 18.9.2007, <http://sauvonleurope.over-blog.fr/archive-09-18-2007.html>

93 Psychanalyse de l'antilibéralisme (wie Anm. 19), S. 249. Vgl. Auch Alain Madelin (Hg.): Aux sources du libéralisme français. Paris 1997.